

Vorzüge und Probleme der DDR unter der politischen Sicht von älteren Schülern

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1987). *Vorzüge und Probleme der DDR unter der politischen Sicht von älteren Schülern*. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-401264>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zentralinstitut für Jugendforschung

Reg.-Nr. 22 84

**Vorzüge und Probleme der DDR unter der politischen Sicht von
Älteren Schülern**

Vom 13. - 16. Oktober wurden in 26 Leipziger Schulklassen (11 9. Klassen, 15 10. Klassen) 488 15- bis 16jährige Schüler zu einer Reihe Probleme befragt, die mit einer Einschätzung ihrer gegenwärtigen persönlichen Situation und der Lage im Lande bzw. in der Welt in Beziehung standen. Es handelte sich durchweg um offene Fragestellungen, von denen im folgenden drei in ihren Ergebnissen dargestellt werden sollen.

Die erste Frage zielt auf das Bewußtsein der Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft ab. Die Frage lautete: Was gefällt Ihnen eigentlich im Moment in der DDR besonders? Orientiert wurde darauf, bis zu drei Angaben zu machen.

Die zweite Frage zielte auf das Problembewußtsein in bezug auf die gesellschaftspolitische Situation im Lande. Die Frage lautete: Und was gefällt Ihnen nicht? Auch hier Orientierung auf drei Merkmale.

Die dritte Frage zielte auf die personalen Kommunikationsinstanzen, die für den politisch-ideologischen Informationsaustausch bei Jugendlichen dieses Alters in Frage kommen. Die Frage lautete: Wo und mit wem können Sie gegenwärtig solche Fragen besprechen?

**Die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft in der DDR im
Bewußtsein Älterer Schüler**

Das politisch-ideologische Engagement für den Sozialismus in unserem Lande und die Identifizierung mit ihm werden sehr stark geprägt durch die unmittelbaren Erfahrungen, in denen die Jugendlichen die Vorzüge und die Überlegenheit des Sozialismus wahrnehmen und als bedeutsam anerkennen.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß die meisten Vorzüge nicht bewußt werden, wie sie die Jugendlichen in ihrer Entstehung nicht unmittelbar erlebten, sich an sie gewöhnen und als Selbstverständlichkeiten ihres Daseins ansehen. Nur durch historische Vergleiche oder im Vergleich mit der Situation in kapitalistischen Ländern, z. B. der BRD, werden sie im Erleben evident.

Die Frage wurde demzufolge nicht von allen beantwortet (von 84 %) und die gegebenen Möglichkeiten der Benennung von Merkmalen nicht ausgeschöpft, und zwar gab es 813 Nennungen, was einer Nennungsfrequenz von 1 bis 2 pro Schüler gleichkommt.

Die frei geäußerten Nennungen betreffen folgende Bereiche:
Die Prozentangaben beziehen sich auf $n = 488$.

1. Außenpolitik der DDR	194 = 40 %
2. Wirtschaftspolitik der DDR	189 = 39 %
3. Sozialpolitik der DDR im engeren Sinne	182 = 37 %
4. Jugend- und Sportpolitik	108 = 22 %
5. Kultur- und Bildungspolitik	73 = 15 %
6. Grundsatzvorzüge des Sozialismus	51 = 10 %
7. sonstige (z. B. politische Freiheiten)	16 = 3 %

Fast 70 % der Äußerungen entfallen also auf die friedenserhaltende Politik, sowie auf die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dabei muß hier schon eingeschränkt werden, daß die meisten Momente der wirtschaftspolitischen Vorzüge sozialpolitischen Charakter tragen (z. B. Arbeit für alle). Somit ist zu konstatieren: Die Friedenspolitik und die Sozialpolitik reflektieren sich im Bewußtsein der Schüler als dominante Vorzüge.

Zu den einzelnen Bemerkungen:

1. Außenpolitik

Von den genannten Merkmalen entfallen, bezogen jene, die eine Antwort geben

82 = 20 % auf die Dialogpolitik der DDR, insbesondere gegenüber der BRD, die auf Frieden und Entspannung gerichtet ist. Im Zentrum stehen die Aktivitäten des Generalsekretärs der SED, Gen. Erich Honecker bei seiner BRD-Visite im September 1987

70 = 17 % auf die Friedenspolitik der DDR im globalen Maßstab, die Initiativen zur Abrüstung und Entspannung

42 = 10 % auf die Möglichkeiten, die die DDR ihren Bürgern in letzter Zeit und in Zukunft in erweitertem Maße bietet, Reisen in die BRD anzutreten, was als außenpolitische Maßnahme gelten kann, da es auch der zwischenstaatlichen Verständigung dient (zumindest im Verständnis der Schüler).

2. Wirtschaftspolitik

Die Nennungen konzentrieren sich auf folgende Merkmale:

85 = 21 % auf die Tatsache, daß jedem Bürger das Recht auf Arbeit garantiert ist; gesicherte Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung, keine Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen auch die folgenden Kennzeichnungen:

69 = 17 % heben hervor, daß jedem Schulabgänger eine Lehrstelle garantiert wird, so daß über 80 % wirtschaftspolitische Vorzüge mit der Sicherung von Ausbildung und Arbeit identifizieren, was im eigentlichen Sinne einer sozialen Sicherung entspricht.

- 15 = 4 % betonen eine stabile Wirtschaftslage
- 14 = 3 % anerkennen die Zuwendung der DDR zur Mikroelektronik, und die Weiterentwicklung unterhaltungselektronischer Systeme; im Prinzip relativ wenige.
- 5 = 1 % nennen die Vorteilhaftigkeit von Wirtschaftsabschlüssen mit der BRD

3. Sozialpolitik

Hier werden gegenstandsgemäß vielfältige Merkmale angeführt.

- 82 = 20 % nennen die soziale Geborgenheit und Sicherheit, vor allem aber die sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten von Müttern, kinderreichen Familien und den Alten
- 36 = 9 % heben die billigen Grundnahrungsmittel, die niedrigen Mieten, Verkehrstarife u. ä. hervor, gemessen am ganzen doch recht wenige, obwohl es doch ziemlich herausragende Merkmale einer sozialen Ordnung sind.
- 21 = 5 % nennen das Wohnungsbauprogramm. Auch das sind relativ seltene Nennungen mißt man den Gegenstand an der Bedeutung, den er zur Sicherung des Gemeinwohls einnimmt als Kern der Sozialpolitik. Psychologisch gesehen gehört das Wohnungsprogramm zu den Selbstverständlichkeiten unter der Jugend.
- 17 = 4 % der Sozialkategorie bezeichnen es als Vorzug, daß es in der DDR im Prinzip keine soziale Not, kein Elend, keinen Hunger gibt. Auch das wird, gemessen an globalen, auch an europäischen Verhältnissen zu wenig als soziale Errungenschaft erkannt.
- 14 = 3 % nennen die Gesundheitspolitik
- 10 = 2 % die Urlauberegelungen und die Möglichkeiten zur Erholung/Ferriengestaltung

2 = 1 % betreffen den Amnestierlaß als Vorzug, der andererseits viel häufiger kritischen Betrachtungen ausgesetzt ist.

Lohnpolitische Maßnahmen werden absolut nicht als Vorzug der sozialistischen Gesellschaft in der DDR gesehen, möglicherweise auch deshalb, weil dies im frühen Jugendalter zu keinen direkten Beziehungen Anlaß gibt.

4. Jugend- und Sportpolitik

84 = 21 % der Beteiligten beziehen sich auf Maßnahmen der Jugendförderung, besonders die Einrichtung von Jugendklubs, die finanziellen Zuschüsse bei jugendtouristischen Aktivitäten, Fahrpreisermäßigungen u. ä.

24 = 6 % nennen die Förderung des Sports in der DDR, die Schönheit des Turn- und Sportfestes 1987 in Leipzig. Gemessen an Aufwand und gesellschaftlicher Bedeutung ist die Nennungshäufigkeit insgesamt doch recht niedrig und wird erstrangig von den Aktiven getragen.

5. Kultur- und Bildungspolitik

45 = 11 % erwähnen als Vorzug die Bildungspolitik im engeren Sinne, also gleiche Allgemeinbildung für alle und der relativ hohe Ausbildungsstand in der werktätigen Bevölkerung.

28 = 7 % betreffen die Förderung von Kultur, in der Mehrheit die Förderung landeskultureller Maßnahmen, insbesondere die Rekonstruktion und den originalgetreuen Wiederaufbau von historischen Stadtgebieten, der Bau von Grünanlagen/Parks, seltener die Umweltschutzmaßnahmen.

6. Grundsatzvorzüge des Sozialismus

40 = 10 % sprechen von "Vorziigen des Sozialismus" allgemein, kennzeichnen den Sozialismus an sich als das, was gefällt und die damit verbundene Zukunftsgewißheit

10 = 2 % heben die soziale Gleichheit/Gerechtigkeit hervor und nur

1 = 0,2 % sagt, daß bei uns Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt seien und daß dies gefällt

7. Sonstiges

Hier werden die demokratische Mitbestimmung und die Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung, sowie die Freiheit der religiösen Betätigung genannt, insgesamt gesehen von einer verschwindenden Minderheit. Besonders die sozialistische Demokratie liegt weit außerhalb des Evidenzerlebens der Jugend von 14 bis 16.

Das gesellschaftspolitische Problembewußtsein der älteren Schüler

Die Schuljugend von 14 bis 16 betrachtet viele Merkmale der gesellschaftlichen Entwicklung sehr kritisch. Entwicklungsprobleme berühren den Alltag der Jugendlichen und ihrer sozialen Gemeinschaften, vor allem der Eltern sehr häufig und werden emotional intensiver verarbeitet. Deshalb wurden viele Momente bürgerlicher Alltagserlebnisse der Gesellschaft insgesamt zugeschrieben und im Vergleich mit bekanntgewordenen Situationen in der BRD politisch gewertet. Je häufiger und unmittelbarer solche Vergleichsinformationen zur Verfügung stehen (Zunahme der Besuchsreisen, Westfernsehen), desto schwerer wiegen derartige Erlebnisse bei der Wertung des Sozialismus in unserem Lande und beeinflussen direkt die Herausbildung des politischen Bewußtseins. Deshalb ist es wichtig, die Bedeutung solcher Momente zu kennen, wie sie aus der Nennungshäufigkeit hervorgehen.

In der Frage nach den Problemfeldern, die in unserem Lande nach Meinung der Schüler existieren, äußerten sich 453 von 488 = 93 %. Probleme bilden sich also im Bewußtsein intensiver als Vorzüge. Das zeigt sich ebenso an der Häufigkeit von Nennungen. Es wurden 1141 Probleme genannt gegenüber 813 Vorzügen, also fast das Anderthalbfache.

Übersicht:

Die Prozentangaben beziehen sich auf n = 488.

1. Versorgungsprobleme	359 = 73 %
2. Politische Probleme	283 = 58 %
3. Wirtschaftsprobleme	157 = 32 %
4. Medienpolitik	45 = 9 %
5. Probleme der Wohnungs- politik	30 = 6 %
6. Probleme im Bereich Kultur und Bildung	162 = 33 %
7. Probleme im Bereich von Jugendfragen	69 = 14 %
8. Soziale Probleme	36 = 7 %

Im Durchschnitt äußerten sich also Schüler mit zwei bis drei Merkmalen und wandten sich erstrangig wirtschaftlichen Fragen zu. Aber auch die politischen Nennungen sind erheblich. Alles in allem zeugt dies davon, daß Schüler vor vielen schwierigen Fragen unserer Zeit stehen, die sie sich nicht mit dem theoretisch fundierten Sozialismusbild und vielfach noch nicht im Sinne unserer Politik erklären können. Offene wirtschaftliche und politische Fragen wurden fast von allen gestellt und vielfach als negative Merkmale unserer Gesellschaft bewertet. Dabei sei bemerkt, daß ein gewisser Teil einfach gegnerische Argumente wiedergibt und politisch naiv urteilt.

1. Versorgungsprobleme

gelten im weiten Sinne als Wirtschaftsprobleme.

Von den insgesamt 453 Beteiligungen fielen

- 266 = 59 % auf Klagen über Mangel an Konsumgütern. Besonders kritisiert wurde das nicht befriedigende Angebot bei bestimmten Waren, die bei Jugendlichen und ihren Eltern zum Bedarf gehören. Bei jungen Leuten betrifft dies erstrangig modische Artikel, die viel zu knapp oder gar nicht zu haben sind, aber auch Ersatzteile bei ihren Fahrzeugen (selbst bei Fahrrädern). Kritisiert wurden die vielen Laufereien, langen Warte- und Reparaturzeiten und die geringe Auswahl.
- 52 = 11 % auf Bevorzugung der Hauptstadt Berlin in Versorgungsfragen zum Nachteil anderer Bezirke. Dabei werden nicht nur die bevorzugte Warenzuweisung kritisiert, sondern auch die Bevorteilung mit Baubilanzen, Investitionen usw.
- 22 = 5 % auf den Zustand, daß Mangelware oft nur durch "Beziehungen" zu haben sei, wodurch die Schieberen begünstigt würden. Manche nennen dies "Politik unter dem Ladentisch".
- 19 = 4 % auf Mängel der Schulspeisung, sowohl in bezug auf Quantität und Qualität. Konzentration auf bestimmte Schulen.

2. Politische Probleme

- 133 Stellungnahmen = 29 % beziehen sich in diesem Problemfeld auf eingeschränkte Bürgerfreiheiten, da wenig Reisemöglichkeiten ins Ausland vorhanden seien. Die meisten meinen somit die BRD als Reiseland, aber es gibt auch eine Reihe Stellungnahmen, wo Länder des Sozialismus gemeint sind.

Sie fühlen sich in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt im Gegensatz zur Jugend in der BRD, die überall hin verreisen dürfe, wohin es ihr beliebt.

100 Nennungen (22 %) nehmen die Feiern zum 750-jährigen Jubiläum Berlins zum Anlaß, den Aufwand als übertrieben und kostspielig zu kritisieren, wodurch die Republik Schaden erleiden würde. Zusammen mit den Kritiken zur versorgungsmäßigen Bevorzugung haben demzufolge ziemlich viele junge Leute (nahezu ein Drittel der Gesamtpopulation) eine negative "Berlinstimmung" geäußert, die sich negativ auf ihr politisches Bewußtsein auswirkt.

23 = 5 % äußern sich negativ zu den bestehenden Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten und zur Grenze nach Berlin West (Mauer). Es werden die üblichen Sprüche der anderen Seite reproduziert.

17 = 4 % meinen, daß es in der DDR Vorurteile gegenüber Andersdenkenden, Einschränkungen der Rechte religiöser Bürger gäbe (Meinungsbeschränkung).

7 = 2 % äußern sich negativ zur Wehrpflicht und zur vor-militärischen Ausbildung

3 = 1 % kritisieren, daß sich die DDR nicht an der Reformpolitik der KPdSU orientiere.

3. Wirtschaftsprobleme

98 = 22 % konzentrieren sich diesbezüglich auf die hohen Preise bei bestimmten Konsumgütern, die nach ihrer Meinung nicht zu Luxusartikeln gehören und trotzdem (für Jugendliche) zu teuer seien. Genannt werden schicke Kleidung, Schubwerk, Unterhaltungselektronik. Es gäbe zu viele Exquisiteinstufungen, denen es nicht zukomme.

In dem Zusammenhang gab es einige Stellungnahmen, wo der geringe Wert unseres Geldes im Verhältnis zum Umtauschsatz der DM in sozialistischen Brudersländern kritisiert wird.

- 20 = 4 % meinen, daß die DDR ein zu niedriges Niveau in technischen Leistungen aufweist. Man bezieht sich auf Pkw, die bei uns total veraltet seien, auf den Stand der Ausstattung mit Telefonen und anderer Kommunikationsmittel und einige darunter meinten, daß das Beste exportiert würde und nur der Ausschub im Lande verbleibe.
- 19 = 4 % kritisieren die schlechte Arbeitsorganisation in den Betrieben (vielfach Bauwesen), die mangelhafte Arbeitsdisziplin (zu viele Pausen, Gammelerei, wenig Fleiß) und der langsame Trott auf Baustellen. Beispiele aus dem polytechnischen Unterricht und aus Gesehenem wurden angeführt. Damit wird eine niedrige Arbeitsproduktivität begründet.
- 12 = 3 % beklagen sich über ein mangelndes Lehrstellenangebot nach ihren Wünschen
- 5 = 1 % bezeichnen das Lohngefüge in der DDR als unübersichtlich und ungerecht, wodurch das Leistungsprinzip nicht gewährleistet sei.

4. Medienpolitik

- 35 = 8 % der Äußerungen gehen dahin, daß die politische und ökonomische Berichterstattung in den Medien eine "Traumwelt" der Politiker darstelle, daß es keine Offenheit gäbe, die tatsächlichen Mängel verschwiegen werden und nur die Erfolge hervorgehoben würden
- 10 = 2 % bezeichnen die Medienberichterstattung aus den oben genannten Gründen als uninteressant, eintönig. Es stören sie die Wiedergabe langer Reden und Protokolle.

5. Wohnungspolitik

- 24 = 5 % kritisieren die langen Wartezeiten junger Leute auf eine Wohnung und die Tatsache, daß schon lange erwachsene Geschwister keinen eigenen Wohnraum erhalten können, auch wenn sie nicht verheiratet sind (Blockade des eigenen Lebensraumes), während Anmestrierte sofort Wohnung erhalten würden.
- 6 = 2 % geben Beispiele von ungerechten Bevorzugungen an, die unverhältnismäßig seien.

6. Probleme im Bereich Kultur und Bildung

Die Mehrheit in diesem Bereich, der einen geringeren politischen Anstrich hat, konzentriert sich mit

- 81 = 18 % auf Unsauberkeit in den Städten, Umweltverschmutzung, Unordnung und Schäden auf Straßen und öffentlichem Gelände
- 29 = 6 % kritisieren den zunehmenden Verfall wertvoller Altbaugubstanz, ohne daß bauliche Abhilfe geschaffen würde
- 30 = 7 % beklagen sich über die Schule allgemein, insbesondere aber über zu hohe Anforderungen, zu lange Unterrichts- und Lernzeiten, Unterricht an Sonnabenden und unnütze Arbeiten in der PA.
- 21 = 5 % finden das Niveau der DDR Pop-Musik zu niedrig und verlangen mehr Importe auf Tonträgern (Lizenz Ausgaben).

7. Probleme im Bereich von Jugendfragen

Im wesentlichen werden hier zwei Probleme angesprochen:

- 29 = 6 % empfinden das Angebot an Möglichkeiten, unter Jugendlichen ungestört zu sein, einen Klub zu haben, als zu gering. Die Klubs veranstalten meist nur Discos.

- 27 = 6 % ärgern sich darüber, zu wenig Verständnis für ihre Jugendeigenarten in der Öffentlichkeit (Erwachsener) zu finden und zu viele Einschränkungen bis zum 18. Lebensjahr hinnehmen zu müssen
- 8 = 2 % beklagen die fehlende oder zu geringe Auflage bei Jugendzeitschriften (z. B. nl-Magazin)
- 5 = 1 % kritisieren das "Muß" bei der Teilnahme an sogenannten freiwilligen Veranstaltungen (Kundgebungen).

8. die sozialen Probleme sonstiger Art betreffen gewisse Unhöflichkeiten im Umgang der Leute bei uns (Handel) und das relativ hohe Rentenalter bei Männern, sowie niedrige Renten (in der Verwandtschaft).

Soziale Kommunikationsmöglichkeiten im politischen Bereich

Auf die Frage danach, mit wem und wo sie die sie bewegenden Probleme besprechen können, äußerten sich fast alle Schüler (97 %). Es gab nur einzelne Ausnahmen, wo Ratgeber und Gesprächspartner völlig fehlen. Meist ist ein breiter Personenkreis im Spiel.

Die Nennungen betreffen folgende sozialen Bereiche:

1. Eltern (Familie) und Großeltern	481 = 98 %
2. Verwandte und erwachsene Bekannte	108 = 22 %
3. Gleichaltrige Freunde	398 = 82 %
4. Lehrer (meistens Staatsbürgerkunde- Lehrer oder Klassenleiter)	177 = 36 %
5. FDJ-Kollektiv oder Leitung	12 = 3 %
6. Religionsgemeinschaften	20 = 4 %

1196

Im großen und ganzen kommen zwei bis drei Sozialfaktoren in Frage, mit denen sich junge Leute in den Fragen unserer Zeit besprechen. Es fällt ins Auge, daß Eltern und Freunde als Beratungs- und Gesprächspartner dominieren, wodurch offensichtlich auch die Meinungsbildung verstärkt, Argumente ausgetauscht und aufgenommen wurden. Lehrer werden zu einem reichlichen Drittel benannt, das sich aber nicht gleichmäßig über die gesamte befragte Population verteilt, sondern auf einige Schulklassen konzentriert. In ca. 40 - 50 % aller Schulklassen ist anzunehmen, daß dort Fragen unserer Zeit über die Lehrer (überwiegend im Fach Staatsbürgerkunde) im Unterricht auf eine Weise diskutiert werden, daß die Schüler es als eine wohltuende Hilfe empfinden, obwohl eine solche Aufgabe angesichts der angesprochenen Problematik für die Lehrer durchaus nicht einfach ist. Die Schulklasse als FDJ-Kollektiv tritt bedauerlicherweise kaum hervor, was selbstverständlich ist, wenn der Unterricht diese Funktion übernimmt.

Zu fragen wäre, was dort geschieht, wo weder Unterricht noch FDJ-Gruppe das Problem der offenen und kameradschaftlichen politischen Diskussion bestreiten. In solchen Fällen sind die Jugendlichen auf das sehr heterogene Meinungsspektrum zu Hause oder unter Freunden angewiesen. Es ist zu zweifeln, ob dort alle angesprochenen Probleme gut genug geklärt werden.